

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek

Mitglied im Dachverband
Initiativen
für erfolgreiche
Integration
Hamburg



[#WannWennNichtJetzt](#)

Hamburg, den 08.08.2016

STELLUNGNAHME / PRESSEMITTEILUNG

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek steht hinter der Einigung der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“ mit der Freien und Hansestadt Hamburg sowie zum abgeschlossenen Bürgervertrag für Neugraben-Fischbek. Ein Aufschnüren des Gesamtpaketes ist kontraproduktiv, Verbesserungen aber jederzeit willkommen.

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek positioniert sich angesichts der fortgeführten Klage der Streitgemeinschaft Vogelkamp wie folgt: Die Bürgerinitiative steht klar zu den Vereinbarungen des Bürgervertrages und des Kompromisses zur Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“. Die Bürgerinitiative weist darauf hin, dass die Kläger der Streitgemeinschaft und die Bürgerinitiative voneinander unabhängige Vereinigungen sind, die von Beginn an auf verschiedene Handlungswege gesetzt haben. Das insofern jetzt genutzte Recht zur Klage der Streitgemeinschaft Vogelkamp soll dabei nicht in Frage gestellt werden.

Die Bürgerinitiative bedauert, dass sich nicht alle Anwohner hinter den Kompromiss stellen können, begrüßt aber jeden weiteren Vorschlag, der eine positive Entwicklung in Neugraben-Fischbek ermöglicht. Eine Aufschnürung des ausgehandelten Gesamtpaketes ist dabei jedoch weder förderlich noch produktiv, eine Durchsetzung von zusätzlichen lokalen Partikularinteressen wird immer zu Auswirkungen auf den landesweiten Unterbringungskompromiss haben.

Die Bürgerinitiative wird über die gesamte Vertragslaufzeit die Umsetzung kritisch begleiten und steht dabei in festen Terminen mit Verwaltung und Politik.

Orga-Mitglied Jan Greve: Die Bürgerinitiative sieht in dem ausgehandelten Bürgervertrag einen guten und ausgewogenen Kompromiss. Dieser legt nicht nur weitreichende Regelungen für Neugraben-Fischbek vor, sondern ist Teil einer Einigung, die der für die gesamte Freie und Hansestadt Hamburg Ziele und Handlungsschritte vorgibt. Dass dabei die Interessen Vieler, nicht jedoch jedes Einzelinteresse befriedigt ist, liegt auf der Hand. Das Einlegen von Rechtsmitteln steht daher auch jedem Anwohner zu. Es stellt sich jedoch die Frage, ob es hilfreich ist, ein mühevoll verhandeltes Gesamtpakt für Hamburg wieder aufzuschnüren, um lokale Einzelinteressen durchzusetzen. Wir finden, Nein!

Orga-Mitglied Ute Skolinski: Die Bindungswirkung eines Bürgervertrages wird vielfach diskutiert. Es ist und bleibt eine politische Absichtserklärung - ein Letter of

Intent, legitimiert durch eine Volksinitiative und durch gewählte Vertreter des Landes in einer Bürgerschaftsdrucksache festgehalten. Diesen Handlungsrahmen gilt es mit Leben zu füllen und dabei sind alle Akteure gefordert, Bezirks- und Landespolitik, die Verwaltung sowie die Bürger selbst. Wir als Initiative werden diesen Prozess weiter intensiv begleiten und auf die Einhaltung achten, auch wenn es länger dauert. Dazu sind wir bereits in intensiven Gesprächen. Die Ertüchtigung des 2. Sportplatzes des FC Süderelbe und angekündigte Personalverbesserungen im PK47 zeigen bereit heute: Der Bürgervertrag wirkt.

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek

Pressekontakt: Jan Greve

Email: mitmachen@binf-online.de

Web: www.binf-online.de

Facebook: Bürgerinitiative Neugraben Fischbek NEIN! zur Politik - JA zur Hilfe!

Twitter: BI NeugrabenFischbek

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe! wurde im Anschluss an eine Informationsveranstaltung zur geplanten Großunterkunft in Neugraben-Fischbek am 23.09.2015 gegründet. Die Bürgerinitiative hat eine machbare und nachhaltige Integration zum Ziel und lehnt Großunterkünfte als nicht integrierbar ab. Die Bürgerinitiative fordert eine Höchstgrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek und bietet damit gegenüber den Planungen für Gesamt-Hamburg eine fast doppelt so hohe Integrationsleistung an. Die Bürgerinitiative hat einen Vorschlag für eine faire Verteilung auf alle Stadtteile vorgelegt. Am 15.06.2016 hat die Bürgerinitiative mit dem Vertretern des Senates der Stadt Hamburg, der Regierungskoalition sowie des Bezirksamtes Harburg einen Bürgervertrag unterschrieben, der die Unterkunftshöhen sowie Integrations- und Infrastrukturaspekte regelt.